

Europa oder Euramerika -- die geopolitische Alternative für Deutschland

von Wolfgang Gedeon [AfD A 240614 - Europa oder Euramerika]

Am 23. März 2014 verabschiedete der AfD-Parteitag in Erfurt eine Resolution zur Ukraine-Krise, die sich gegen Sanktionen gegenüber Russland als auch gegen Maßnahmen zur Eingliederung der Ukraine in die EU aussprach. Darüber hinaus wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch im Hinblick auf die Bevölkerung der Krim betont. Diese Resolution wurde mit sehr großer Mehrheit vom Parteitag verabschiedet, erregte aber Anstoß in einigen Gruppierungen der AfD. So richteten am 27. April mehrere AfD-Mitglieder (Hauptunterzeichner W. Schlage und E. Fein) einen Appell an den Bundesvorstand, sich bezüglich der Ukraine-Resolution nicht an den Parteitagsbeschluss zu halten, sondern eine gegenteilige Stellungnahme zu veröffentlichen, die vor allem das Verhalten Russlands scharf zu verurteilen hätte. Begründung: Die Stimmung, die sich in dem Parteitagsbeschluss manifestierte, sei „nicht repräsentativ für die AfD“ und drücke eine „national-chauvinistische Linie“ aus.

Die Appell-Schreiber wollten also allen Ernstes recht- und statutgemäße Parteitagsbeschlüsse mit subjektiven Stimmungsgefühlen kippen. Dies wurde zu Recht in verschiedenen Antwortschreiben kritisiert und zurückgewiesen. Auch die übrige intellektuelle Argumentation des „Appells“ war dürftig, was man durch pamphletmäßigen Stil und plakative Etikettierungen des politischen Gegners im rot-grünen Stil zu kompensieren versuchte. Da ist die Rede von „Menschen mit fehlgeleitetem Nationalstolz“, „illiberaler Einstellung“ usw. Inhaltliches findet sich lediglich in zwei Andeutungen: Der Parteitagsresolution liege eine „längst überholte geopolitisch argumentierende Weltanschauung“ zugrunde; und weiter: Deutschland sei weder militärisch noch politisch stark genug für eine Politik zwischen dem Westen und Russland. Wenn wir die AfD auch außenpolitisch fundiert und alternativ zum Mainstream positionieren wollen, müssen wir freilich etwas dickere Bretter bohren, als es diese Appell-Schreiber tun.

I. Über „Westbindung“ und Geopolitik im Allgemeinen

Zunächst geht es um das Neutralitätsproblem und die Frage nach dem Charakter unserer politischen Westbindung, d.h. unseres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Richtig ist, dass Deutschland allein zu schwach ist, um als wirtschaftlicher oder gar politischer global player agieren zu können. Die Frage ist nur, durch welches Bündnis es das fehlende Potenzial am besten ausgleicht: durch ein Bündnis mit den USA (Westbindung) oder durch ein innereuropäisches Bündnis.

Offiziell hören wir aus Brüssel immer wieder, die EU sei Garant für ein Europa, das selbstständig und unabhängig von den Großmächten, gerade auch von den USA, agieren könne. Tatsächlich aber wird in der EU-Politik -- im Laufe der Jahre nicht weniger, sondern eher mehr -- das Gegenteil umgesetzt; derzeit augenscheinlich in den TTIP-Verhandlungen und in der Frontenbildung eines neuen kalten Krieges mit Russland. In beiden Fällen geht es nicht primär um Europa, sondern um den „Westen“, in den Europa quasi siamesisch eingebettet ist und in dem die USA ganz selbstverständlich den Hegemon darstellen. So schauen wir zu, wie der große Bruder aus Übersee den europäischen Luftraum sperren und eine südamerikanische Diplomatenmaschine vom Himmel holen lässt, um den bolivianischen Präsidenten

Morales und sein Flugzeug zu durchsuchen; oder wie er Mitglieder eines Bundestagsuntersuchungsausschusses davor warnt, den Zeugen Snowden zu verhören. Eine von der deutschen Bundesregierung beauftragte US-amerikanische Anwaltskanzlei droht den Abgeordneten des Bundestagsausschusses sogar Gefängnisstrafen in den USA an!

Ein anderes Beispiel: Wenn der Deutsche Bundestag 2010 mit großer parteienübergreifender Mehrheit die USA auffordert, ihre atomare Waffen aus der Eifel abziehen, findet nicht nur ein Abzug nicht statt. Vielmehr werden die weiter hier lagernden, ausschließlich US-amerikanischem Befehl unterstehenden Atomwaffen auf Kosten des deutschen Steuerzahlers modernisiert. Von europäischer Selbstbestimmung und Emanzipation also keine Spur, stattdessen dreistes hegemoniales Gebaren der USA in Europa!

Ist dieser Zustand eine selbstverständliche, ja zwingende Folge des von Deutschland verlorenen Krieges. Gab und gibt es für uns also keine Alternative zur sog. Westbindung? Werfen wir einmal einen Blick in die deutsche Nachkriegsgeschichte: auf den heftigen Konflikt zwischen "Atlantikern" (auch „Transatlantikern“) und "Europäern"! Heute spricht man, um den zumindest tendenziell antieuropäischen Charakter der Westbindung nicht schon begrifflich zu offenbaren, nicht mehr von „Europäern“, sondern von „Gaullisten“. Doch nach wie vor geht es um die Frage: Will und soll Europa selbständig sein oder nicht -- Europa oder Euramerika, „Europäismus“ oder „Euramerikanismus“? -- Die Politik der EU ist nicht europäisch, sondern euramerikanisch.

Die Zeit Konrad Adenauers und Charles de Gaulles

1946 verkündet Churchill in Zürich die Idee von den „Vereinigten Staaten von Europa“. Vielen, die sich darauf berufen, sollte man erst einmal erklären, dass dieser Aufruf nichts mit einer irgendwie proeuropäischen Idee zu tun hat. Churchill wollte damit die von Großbritannien 300 Jahre erfolgreich praktizierte *balance of power*-Politik retten und an die neuen Machtverhältnisse in Europa anpassen. Seine „Vereinigten Staaten von Europa“ sollten ein politisches und militärisches Gegengewicht zum in Europa dominant gewordenen Sowjetblock darstellen. Sie waren ohne Großbritannien gedacht, denn dieses sah Churchill weiterhin fest an der Seite der USA, und im Sinne einer solchen angloamerikanischen Großmacht sollte ein (west-)europäisches Bündnis stark und effizient sein, um die kontinentale Führungsmacht *Sowjetunion* auszubalancieren bzw. zu neutralisieren.

Konrad Adenauer, der in genialer Weise politische Grundsätze mit pragmatischem politischen Handeln verband, erkannte sehr wohl: Ein vom verlorenen Krieg geschwächtes und ausgezehrt Deutschland stand zwischen zwei gewaltigen Supermächten. Für eine von der SPD und ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher angestrebte neutrale Position zwischen den Großmächten war dieses Deutschland der Nachkriegsjahre wirtschaftlich, politisch und militärisch zu schwach. Mit einer starken KPD und einer sozialistischen Planwirtschaft wäre es schnell eine Beute des Sowjetkommunismus geworden, eine DDR in Großformat, wie wir sie dann in kleinerem Format östlich der Elbe erleben mussten.

Adenauer lehnte deshalb 1952 ein mit einem Truppenabzug der Sowjets als auch der Westalliierten verbundenes Neutralitätsangebot Stalins ab, bei dem die Amerikaner ohnehin nicht mitgemacht hätten. Er opferte bewusst eine vielleicht

mögliche deutsche Wiedervereinigung der politischen Freiheit der aus den Westzonen hervorgegangenen Bundesrepublik Deutschland. Die Idee der Wiedervereinigung gab er nicht auf. Es war ihm aber klar: Unabdingbare Voraussetzung hierfür musste die Erlangung politischer Freiheit auch der Bürger in der DDR sein.

Dass sich Adenauer dann vorbehaltlos auf das Bündnis mit den USA und die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands (1955) konzentrierte, war nicht seine erste Wahl und schon gar nicht seine Herzensentscheidung, sondern die pragmatische Konsequenz aus dem Verhalten Frankreichs. Dieses war damals explizit anglophil und antideutsch und wollte von den deutschen Annäherungsversuchen gerade im Hinblick auf eine gemeinsame Verteidigung nichts wissen. Das änderte sich erst 1958 mit dem Regierungsantritt Charles de Gaulles, der in einem vereinten Europa (in karolingischem Format) das wichtigste Ziel seiner Politik sah. Er wollte einerseits Loslösung und Unabhängigkeit von den USA bis hin zum Austritt aus der von den diesen dominierten NATO; andererseits eine verstärkte, ja maximale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich als politischer Achse eines neuen Europa bis hin zum Aufbau einer eigenen deutsch-französischen europäischen Militärmacht inklusive eigener Atomwaffen!

Eine Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG, dem damaligen Vorläufer der EU, lehnte de Gaulle ab, weil er die Engländer letztlich nicht als Europäer, sondern als amerikanischen Vorposten in Europa betrachtete. Schließlich gehörte zu seinem Konzept ein dezidiertes Intergouvernementalismus, d.h. die Vorstellung, Europa sollte nicht durch supranationale Verschmelzung der Staaten, sondern durch verstärkte zwischenstaatliche Kooperation zusammenwachsen -- ein Europa der Vaterländer und nicht ein Europa als neues Vaterland für alle Europäer! Die europäischen Nationen sollten also solange ihre souveränen Parlamente behalten, als sie ein nationales und nicht ein national-europäisches Bewusstsein hätten.

Zunächst stand Adenauer dem neuen französischen Präsidenten skeptisch gegenüber. Bald aber erkannte er, dass dieser der Mann ist, mit dem er seine eigenen genuin europäischen, d.h. nichtatlantischen Intentionen verwirklichen könnte. In der deutschen Politik stieß er dabei aber sehr bald auf heftigsten Widerstand. Hinzu kam, dass mit dem Amtsantritt von Präsident Kennedy in den USA (1961) auch die Grundkonzeption der amerikanischen NATO-Strategie geändert wurde, und das in einem für die Deutschen nicht unbedingt erfreulichen Sinn: Die sog. *flexible response*-Politik Kennedys sah vordergründig vor, im Falle eines Kriegsausbruches mit dem Sowjetblock dem konventionellen Moment größere Chancen einzuräumen, d.h. Möglichkeiten zu schaffen, dass es nicht sofort zu einem atomaren Krieg käme. Dies war aber nur die propagandistische Verpackung dieser Politik, denn tatsächlich bedeutete sie, dass die USA selbst atomar aufrüsteten, und zwar im Bereich taktischer Atomwaffen; wohingegen sich Europäer und vor allem Deutschland ausschließlich auf konventionelle Aufrüstung beschränken sollten. Für den Kriegsfall hätte das bedeutet: Deutschland wäre von vornherein auch von den USA als atomares Schlachtfeld behandelt worden – eine Strategie, die in späteren NATO-Manövern immer wieder konkret durchgespielt wurde.¹

¹ siehe hierzu den nachlesenswerten Artikel von *Klaus von Dohnany* zum Elysée-Vertrag (Internet)

In der Frage dieser NATO-Strategie und der damit zusammenhängenden atomaren Bewaffnung Deutschlands verschärfte sich nun der Gegensatz zwischen Atlantiklern und Europäern in Deutschland und erlebte in der sog. *Spiegel*-Affäre seinen Höhepunkt.

Die Spiegel-Affäre

Neben Adenauer war Franz Josef Strauß der wichtigste Protagonist des Europäismus resp. Gaullismus in Deutschland. Beide waren zutiefst davon überzeugt, dass Atomwaffen für die deutsche Sicherheit essentiell seien und Deutschland nicht als atomarer Habenichtsdasteher dürfe. Beim Thema *atomare Aufrüstung* ließ Adenauer aber, wohl aus taktischen Gründen, mehr seinen Verteidigungsminister agieren. Unterstützt wurden die beiden auch vom damaligen NATO-Oberbefehlshaber, dem US-amerikanischen General L. Norstad. Auch bei den Amerikanern waren die Fronten nicht monolithisch, auch bei ihnen gab es „europäische“ Positionen.

Einer der profiliertesten Protagonisten des Atlantizismus und damit Gegenspieler von Strauß war der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein. Hinter ihm, selbst FDP-Mitglied, standen FDP und SPD.² Nicht zuletzt war die CDU in dieser Frage tief gespalten. Der damalige Außenminister Gerhard Schröder³, der spätere Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und nicht zuletzt der zwar geniale Wirtschaftspräsident, aber politische Naivling Ludwig Erhard waren dezidierte Atlantiker.

Es ist nun einer der Mythen aus der Nachkriegszeit, bei der *Spiegel*-Affäre wäre es vor allem um Pressefreiheit gegangen: Ein seine demokratischen Grenzen nicht respektierender Staat, verkörpert durch Franz Josef Strauß, habe dem *Spiegel* zu Unrecht Landesverrat vorgeworfen und mit dieser falschen Begründung führende Redakteure des *Spiegels* mehrere Wochen inhaftiert. Vor kurzem lief zu diesem Thema ein in der ARD ausgestrahlter Spielfilm, der nicht nur von Regie und Schauspielern her sehr gut war, sondern auch in erstaunlicher Objektivität dokumentierte, dass es tatsächlich um Geheimnis- und Landesverrat ging. Hätte man das von einem Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums dem *Spiegel* zugespielte Dossier gefunden, das Augstein in letzter Minute von einem Vertrauten aus dem Safe verschwinden ließ, wären die *Spiegel*-Redakteure nicht einige Wochen, sondern einige Jahre wegen Landesverrats eingesperrt worden.

Strauß lag also im wesentlichen Punkt richtig, hatte sich aber, speziell bei der Verhaftung des Redakteurs K. Ahlers in Spanien, formaljuristische Fehler geleistet, die im Rahmen der Gesamtproblematik eher als *Petitesse* gesehen werden können. Anstatt jedoch diese Fehler im Parlament einzugestehen, log er und machte es damit dem Koalitionspartner FDP leicht, seinen Sturz zu betreiben. Adenauer, der auch in der *Spiegel*-Affäre die Position von Strauß teilte, war damals innerparteilich aber schon so geschwächt, dass er ihn nicht mehr als Verteidigungsminister halten konnte.

² mit Ausnahme Herbert Wehners, der bei Koalitionsverhandlungen 1961 Einverständnis für eine atomare Aufrüstung Deutschlands signalisierte, dabei allerdings nicht seine Partei im Rücken hatte.

³ weder verwandt noch verschwägert mit dem späteren gleichnamigen SPD-Bundeskanzler

In der *Spiegel*-Affäre ging es also tatsächlich nicht um Pressefreiheit, sondern um Landesverrat.⁴ Vor allem aber sollte mit Strauß ein Protagonist des Gaullismus gestürzt und aus dem Rennen um die Kanzlernachfolge Adenauers geworfen werden. Sowohl Strauß als später auch Adenauer nach seiner Verabschiedung vermuteten, die USA hätten ihren Sturz gefördert, wenn nicht initiiert.⁵ Auf jeden Fall wäre für die Amerikaner eine maximale Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich, womöglich noch mit eigener Atommacht, alles andere als ein wünschenswertes Szenario gewesen.

Der Elysée-Vertrag

Anlass für den nächsten entscheidenden Zusammenprall zwischen Atlantikern und Europäern lieferte dann die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrag (sog. „*Elysée-Vertrag*“). An Jubiläumsdaten, zuletzt im Januar 2013, wird dieser immer mit großen Worten und Staatsritualen gefeiert. Aber auch hier geht es um einen Mythos, denn politische Rezeption und tatsächlicher Inhalt stimmen nicht überein: Im Sommer 1962 – ich war damals als Schüler immer wieder einige Zeit in Frankreich und konnte die weit ins Volk hineinreichende Aufbruchsstimmung für eine neue deutsch-französische Freundschaft unmittelbar erleben – besuchte Konrad Adenauer Frankreich und anschließend Charles de Gaulle Deutschland, was zu einem regelrechten Triumphzug geriet. Dabei befragte der Franzose den Deutschen öffentlich, ob Deutschland angesichts der ablehnenden Haltung der anderen Mitgliedsstaaten der EWG⁶ auch bereit wäre, den Weg in eine politische Union nur zu zweit mit Frankreich zu gehen. Sehr nachdrücklich bestand de Gaulle auf einer klaren Antwort: „Ich frage Sie noch einmal -- es ist für Frankreich eine sehr wichtige Frage: Sind Sie bereit, wenn es sein muss, auch zu zweit zusammenzuarbeiten?“ Adenauer antwortete erst nach einigem Zögern, aber dann mit einem klaren Ja, und das nicht zur Freude aller seiner Begleiter!

Die politische Union zwischen Frankreich und Deutschland war das wirkliche Ziel des Elysée-Vertrages, der von Adenauer und de Gaulle im Januar 1963 feierlich unterzeichnet wurde. Nun begann freilich im Bundestag eine Kraftprobe zwischen Atlantikern und Europäern, in der die USA massiv, zum Teil mit drohenden Worten, die Atlantiker unterstützten. Das Ergebnis: Der Bundestag beschloss im Mai 1963 zur Ratifizierung des Elysée-Vertrages eine Präambel, die de facto diesen Vertrag zur Makulatur machte. Wurde in ihr doch die Verteidigung im NATO-Bündnis, die europäische Integration sowie die Einbeziehung Großbritanniens als gleichberechtigt neben die deutsch-französische Kooperation gestellt, was der Vertrag selbst explizit nicht vorsah! So spottete damals Golo Mann zu Recht, der Bundestag habe durch

⁴ Man versuchte dies mit dem Argument zu relativieren, verschiedene Teile des Geheimdokuments seien schon andernorts veröffentlicht worden. Dennoch stellte das entsprechende Dokument im Hinblick auf Zusammenfassung und Authentizität eine wichtige Information für die sowjetische Seite dar. Die diesbezügliche strafrechtliche Relevanz ist juristisch nicht strittig.

⁵ Es ist zum Beispiel bekannt, dass um die sog. Spiegel-Affäre herum der BND die Spiegel-Redaktion „beobachtete“. Dabei muss man wissen, dass diese Nachrichtenorganisation bis 1956 unter direkter institutioneller Kontrolle der CIA stand und die entsprechenden connections auch 1962 noch hoch aktuell gewesen sein dürften, um für entsprechende Interventionen, sei es in Zeitungsredaktionen, sei es innerhalb politischer Parteien, genutzt werden zu können.

⁶ die Vorläufer-Organisationen der EU; Mitglieder waren damals neben Deutschland und Frankreich nur die Beneluxstaaten und Italien.

die Präambel den Elysée-Vertrag in dem Moment „nullifiziert, in dem er ihn ratifizierte“.⁷

Im Oktober 1963 wurde Adenauer im Kanzleramt durch Ludwig Erhard abgelöst, obwohl er zuvor alles versucht hatte, dies zu verhindern. Er hielt Erhard nicht nur für politisch inkompetent, sondern sah in ihm auch denjenigen, der sein wichtigstes politisches Projekt, ein auf einer starken deutsch-französischen Achse beruhendes Europa, zugunsten einer monolithischen transatlantischen Partnerschaft mit den USA opfern würde -- was dann auch tatsächlich geschah.

Der Sturz von Strauß in der *Spiegel*-Affäre, die Entkernung des Elysée-Vertrages sowie die Ablösung Adenauers durch Erhard im Kanzleramt signalisierten den fundamentalen Sieg, den die Atlantiker -- mit Hilfe der USA -- über die Europäer errungen haben. Nachzutragen bleibt noch, dass 1962 / 63 auch der äußerst europafreundliche amerikanische General L. Norstad von den USA durch einen auf atlantischer Linie liegenden Nachfolger, General L. Lemnitzer, ersetzt wurde.

Bezüglich der sog. Westbindung bestand also alles andere als ein großer Konsens in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vielmehr mussten die führenden Köpfe der Wiederaufbauphase, Adenauer und Strauß, erst einmal abserviert werden, bevor das transatlantische Bündnis als alles überwuchernde Dominante deutscher Politik durchgesetzt werden konnte. Umso grotesker ist es, wenn einige Leute vor allem aus der CDU immer wieder versuchen, ausgerechnet Adenauer und Strauß als Protagonisten des Transatlantizismus zu verkaufen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1963

Störungen und Trübungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen gab es auch nach 1963 immer wieder: zum Beispiel 1970 mit der Ostpolitik Willy Brandts oder 2003 mit der Weigerung Gerhard Schröders, am Irakkrieg teilzunehmen. Es bestand aber nicht mehr eine strukturelle US-kritische Alternative, wie sie die damals vom Elysée-Vertrag vorgesehene politische Union zwischen Deutschland und Frankreich dargestellt hätte. Vielmehr wurden US-kritische Tendenzen durch zunehmend euramerikanische EU-Mehrheiten („Osterweiterung“!) im Gesamtkonzert europäischer Politik neutralisiert.

So überrascht es nicht, dass auch die Art und Weise der deutschen Wiedervereinigung die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht belastete. Für amerikanische Geopolitik stellte diese im Wesentlichen eine Osterweiterung von NATO und EU und somit eine merkliche Erweiterung des amerikanischen Einflussbereiches dar -- eine Sichtweise, der sich die deutsche Regierung unter Kohl weitgehend unterwarf: „Einen Austritt aus der NATO wäre mir die deutsche Wiedervereinigung nicht wert“. So lautete damals das ausdrückliche Bekenntnis Helmut Kohls!

In Deutschland hat sich heute der Transatlantizismus zu einer regelrechten US-Hörigkeit ausgewachsen, und Frau Merkel erscheint immer mehr als Pudel Obamas: von Snowden-Affäre und *No spy*-Abkommen bis hin zu einer absolut proamerikanischen Ukraine-Russland-Politik, ohne Rücksicht auf die Schäden, die Deutschland und Europa dadurch erwachsen! Der Gaullismus als große auch außenpolitische Alternative zum Amerikanismus findet dagegen in Europa derzeit

⁷ referiert nach K. v. Dohnany, siehe oben

kaum statt; schon gar nicht in seinem Ausgangsland Frankreich, wo sozialistische Eliten heute das Land ruinieren und ihre eigene Unfähigkeit durch einen verstärkten politischen Einfluss in der Brüsseler EU auf Kosten Deutschlands zu kompensieren versuchen. Selbst bei Alstom ist ihnen der US-amerikanische Konzern GE (*General Electric*) lieber als der europäische Siemens-Konzern aus Deutschland!

Die Veränderung der geopolitischen Situation durch den Zusammenbruch der Sowjetunion 1989

1989 hat sich das Koordinatensystem der Geopolitik grundsätzlich verändert. Die Sowjetunion ist zusammengebrochen und kann seither nicht mehr als Supermacht, d.h. als global agierende Macht mit hegemonialer Intention und Fähigkeit betrachtet werden. Unter Jelzin drohte sie sogar in politischem und wirtschaftlichem Chaos zu versinken. Die USA waren jetzt die einzige Supermacht auf dem Globus. Aus dem bislang bipolaren wurde ein unipolares weltpolitisches Machtfeld, auf dem die Amerikaner schalten und walten konnten, wie sie wollten, -- was der übrigen Welt nicht unbedingt gut bekam. Insbesondere der Nahe Osten wurde durch die amerikanische Supermachtspolitik in unglaublicher Weise destabilisiert und chaotisiert. Unsäglicher Terror und gigantische Flüchtlingsströme, die sich jetzt über Europa ergießen, sind unmittelbare Folge der amerikanischen Politik!

Seit 2008 deutet sich nun eine Wendezeit derart an, dass die internationale Politik wieder multipolarer wird. Durch die von den USA verursachte Finanzkrise wurde deutlich: Die Supermacht hat weit über ihre Verhältnisse gelebt, und von Handelsbilanz und internationaler Verschuldung her präsentiert sie griechische Verhältnisse. Der wesentliche Unterschied: Die Griechen verfügen nicht über die Militärmacht des Pentagon!

Zum anderen erstarkten in dieser Zeit die politischen Rivalen der USA, vor allem China, aber auch Russland unter Putin. Beide können freilich, Russland schon gar nicht, als annähernd gleichwertige Supermacht betrachtet werden.

Schließlich ist auch Deutschland in dieser Zeit erstarkt, vor allem geökonomisch, sekundär auch geopolitisch.

Die geopolitische Multipolarität birgt große Gefahren für die Macht der USA und deren wirtschaftliche Interessen. Schon 1997 formulierte der amerikanische Geostratege Brzezinski sehr präzise das hegemoniale Konzept der USA⁸. Es basiert auf dem altrömischen *divide et impera* („Teile und herrsche!“), was heißt: Die USA dürfen keine Bündnisse zwischen ihren verschiedenen Rivalen zustande kommen lassen. Explizit warnt er

- vor einem Bündnis zwischen China und Japan, des weiteren
- vor einem Bündnis zwischen China und Russland und schließlich
- vor einem Bündnis zwischen Europa, worunter er vorwiegend Deutschland versteht, und Russland.

Derartige Bündnisse müssten durch amerikanische Außenpolitik unbedingt verhindert werden. Andernfalls drohe nicht nur das Ende US-amerikanischer Hegemonie. Es bestünde die Gefahr, dass die USA in einer multipolaren Konstellation zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpften.

⁸ in seinem Buch: „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“

Ein Bündnis zwischen Russland und China und ein solches zwischen China und Japan stellen derzeit noch kein großes Problem für die USA dar. Wohl aber hat sich in den letzten Jahren zunehmend eine Kooperation zwischen Europa, insbesondere Deutschland, und Russland entwickelt, angefangen bei Energie-Transfers über ausgeprägte wirtschaftliche Kooperation (Maschinenbau, Autos, Sportartikel usw.) bis hin zum Fußball-Sponsoring (Schalke 04)! Gleichzeitig haben die USA vor allem durch den Afghanistan- und Irak-Krieg, durch Drohnen-Killing und zuletzt durch den NSA-Skandal den Antiamerikanismus in der europäischen Bevölkerung anwachsen lassen – also höchster Handlungsbedarf für die amerikanische Außenpolitik, die eigene Europapolitik zu aktivieren und ein weiteres wirtschaftliches und womöglich politisches Zusammenwachsen Europas und Russlands zu verhindern. Zunächst leitete man, im Übrigen höchst geheim, Verhandlungen über ein weit reichendes Freihandelsabkommen (TTIP) ein. Nicht zuletzt will man die europäische Gasabhängigkeit von Russland durch eine Abhängigkeit von amerikanischem Fracking-Gas ersetzen. Darüber hinaus ergriff man in der Ukraine die Initiative, um die geopolitische Situation in Europa zu verändern.

Nach den Analysen Brzezinskis kann nur Welthegeemon sein, wer die Macht im eurasischen Raum ausübt, also auf dem Territorium des heutigen Russlands. Globales hegemoniales Ziel amerikanischer Politik müsse deshalb die Amerikanisierung resp. Verwestlichung Eurasiens, also Russlands sein, und die entscheidende Voraussetzung für diese sei die Amerikanisierung resp. Verwestlichung der Ukraine!

So macht Brzezinski die Ukraine zum geopolitischen „Dreh- und Angelpunkt“ amerikanischer Russland-Politik. In diesem Sinn wäre das gesamte Projekt der EU- und NATO-Osterweiterung primär ein amerikanisches, sozusagen ein *euramerikanisches*:

„Ein erweitertes Europa und eine vergrößerte NATO dienen den kurz- und langfristigen Interessen der US-Politik. Ein vergrößertes Europa wird die Reichweite des amerikanischen Einflusses erweitern ...“ (Brzezinski)

Der erste Schritt ist fast abgeschlossen: die nach 1989 einsetzende Euramerikanisierung Osteuropas bis nach Rumänien und Bulgarien („Osterweiterung“ von NATO und EU). Der zweite steht derzeit an: die Euramerikanisierung der Ukraine. Im dritten soll dann Russland euramerikanisiert werden, angedacht im wesentlichen als Auflösung Russlands in mehrere Einzelstaaten, die nach und nach über EU und NATO im Westen zu „integrieren“ wären.

So kann man verstehen, warum jetzt im US-amerikanischen Außenministerium von Obama eigens ein Staatssekretärsposten geschaffen wurde, zuständig für einen „Krieg der Worte“ gegen Russland. Mit psychologischer Kriegsführung vor allem über die Medien soll dieser aggressiv-imperiale Plan der USA verschleiert und nach dem Motto *Haltet den Dieb* der Schwarze Peter den Russen und dem bösen Putin zugeschoben werden.⁹

⁹Am Ende dann die Auseinandersetzung mit dem Haupttrivalen China, das durch innenpolitische Verwestlichung (von den „Dissidenten“ bis zur Musik) und außenpolitische Einkreisung von NATO-Staaten als letzte Bastion im globalen Einheitsstaat, den *Vereinigten Staaten der Welt*, aufzugehen hätte. So soll die ganze Welt nach und nach „die Insignien des derzeitigen Herrschers der Welt annehmen Ein geostrategischer Erfolg in dieser Zielsetzung wäre dann die durchaus angemessene Erbschaft, die Amerika als erste, einzige und letzte echte Supermacht der Nachwelt hinterlassen würde.“ -- Soweit Brzezinski, soweit der amerikanische Plan, die gesamte Welt nach dem Ebenbilde, d.h. dem Zivilisationsmodell und der Ideologie der USA, neu zu schaffen.

Was die USA hier machen, könnte als „imperialer Integrationismus“ bezeichnet werden. Wenn man das verstanden hat, wird man offener für eine Sichtweise, in der die Amerikaner auf Maidan und Krimkrise nicht *reagiert*, sondern umgekehrt diese mehr oder weniger *inszeniert* oder zumindest in ihrem Sinn instrumentalisiert haben. Viele deutsche Apologeten der US-Politik wollen das nicht wahrhaben. Die „deutsch-amerikanische Freundschaft“ ist ihnen immer noch heilig und die USA sind für sie kein Staat, sondern eine Ersatzreligion. Weil nun die tatsächliche US-Machtpolitik in geopolitischer Sicht leicht und klar entlarvt werden kann, lassen sie sich erst gar nicht auf eine Kritik geopolitischer Einzelheiten ein, sondern lehnen geopolitische Konzepte als solche in Bausch und Bogen ab. So auch unsere Appell-Schreiber in der AfD. Geopolitik sei „überholt“ – von wem, wann und wo „überholt“, erfahren wir nicht -- rhetorische Floskeln statt Argumenten!

Interessen oder Moral - wie funktioniert Politik?

Nun gibt es in der Tat zwei verschiedene Grundhaltungen, aus denen heraus man Völkerrecht begründen und Außenpolitik betreiben kann: eine eher objektive, juristisch basierte, formal-strategische und eine mehr subjektive, humanitär-moralisch begründete. Als sich 1648 mit dem Westfälischen Frieden erste Grundzüge eines Völkerrechts manifestierten, ging es vor allem um die Bildung und die Beziehung von Staaten untereinander. Die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates galt nun als Grundrecht staatlicher Souveränität.

Seit den Pariser Vorstadtverträgen von 1918 spielte dann zunehmend das Prinzip kollektiver Selbstbestimmung eine Rolle: Nationen und sonstige ethnische Gruppen sollten über den staatlichen Rahmen entscheiden können, in dem sie leben wollten – was das Recht historisch entstandener Staaten auf territoriale Integrität natürlich erheblich relativierte.

Seit ca. 1989 versuchen nun westliche Ideologen systematisch, die Gewährung und Einhaltung individueller Menschenrechte im Völkerrecht zu etablieren. Dabei wird der Begriff *Souveränität* grundsätzlich umgedeutet: nicht mehr ein Schutzrecht vor fremdstaatlichen Interventionen, sondern eine Schutzverpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung (*responsibility to protect*). Wenn ein Staat dieser Schutzverpflichtung nicht mehr gerecht würde, ginge diese auf die „internationale Staatengemeinschaft“ über, der auch die Entscheidung übertragen werden soll, ob die Schutzverpflichtung verletzt wurde oder nicht – mithin eine Liquidierung des Nichteinmischungsprinzips zugunsten eines universalen Interventionsprinzips und eine Fundamentalrevision des bisherigen Völkerrechts!

Die spezifische Problematik einer solchen primär humanitär basierten Außenpolitik besteht darin, dass die humanitären Standards, das heißt die Menschenrechte, ja weder intrakulturell noch gar interkulturell unstrittig sind: Ist Abtreibung ein Menschenrecht oder verletzt sie vielmehr ein Menschenrecht auf Leben? Stärken Frauenquoten die Menschenrechte der Frauen oder verletzen sie die der Männer? usw. Was ein Menschenrecht ist, unterliegt also in vielen Fällen einer äußerst subjektiven moralischen Beurteilung. Von daher tut man gut daran, an einem minimalen Objektivierungsstandard festzuhalten, der derzeit vorsieht, dass ein Beschluss des UNO-Sicherheitsrats vorliegen muss, um eine Menschenrechtsverletzung als solche zu definieren und darüber hinaus als Begründung für eine militärische Intervention zu akzeptieren.

Den USA und ihrem Anhang genügt das aber nicht. Zielgerichtet gehen sie daran, die kollektivinstitutionelle Legitimierung durch die UNO abzuschaffen zugunsten eigener mehr oder weniger willkürlicher Entscheidungen („Koalition der Willigen“, Kosovo, Irak). Sie maßen sich selbst absolute Definitionshoheit an, festzulegen, wann was ein Menschenrecht ist und wann eine von ihnen so selbst definierte Menschenrechtsverletzung eine militärische Intervention legitimiert und wann nicht. So verletzte man, im Übrigen mit viel Gewalt und Blutvergießen, die territoriale Integrität Serbiens, indem man das Kosovo abspaltete und autonomisierte – gegen den Willen der Serben und ihres Staates und auch gegen den Mehrheitswillen der Bewohner des nördlichen Kosovo, das immer noch vorwiegend von Serben bewohnt wird. All dies wurde „humanitär“ begründet: Man wollte schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen durch die Serben verhindern. Groteskerweise wurde dann der Chef der albanischen Terrororganisation UCK, Hashim Thaci, zum kosovarischen Ministerpräsidenten gemacht, ein Verbrecher, der selbst von westlichen Regierungen schon steckbrieflich ausgeschrieben war und dessen Organisation in gleicher Weise für schwerstwiegende Menschenrechtsverletzungen im Serbienkrieg verantwortlich war wie auf der anderen Seite Milosevic.

Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des Völkerrechts im Sinne der Zerstörung territorialer Integrität erscheinen in dieser Sicht immer dann gerechtfertigt, wenn sie im geopolitischen Interesse der USA liegen. Wenn sich aber die Krim in einer unblutigen Aktion inklusive einer Volksabstimmung mit überwältigender Bevölkerungsmehrheit Russland anschließt, schwadroniert man in großen Tönen über die Verletzung des Völkerrechts. Sicherlich war die Volksabstimmung auf der Krim formalrechtlich nicht korrekt, aber die vorausgegangene Machtergreifung von Jazeniuk und Konsorten in Kiew war dies genauso wenig. Dabei sollte man berücksichtigen, dass in der zeitlichen Folge Ersteres die Reaktion auf Letzteres darstellte. Nicht umgekehrt!

Letztlich paralysieren die USA und ihr Anhang das Völkerrecht, indem sie es zur Legitimierung eigener Machtinteressen herabwürdigen. In gleicher Weise aber ist es idealistisch, ja naiv, eine geopolitisch basierte Außenpolitik als „überholt“ zu erklären und sie durch eine moralisch-humanitär begründete *ersetzen* zu wollen. Die globalpolitische Wirklichkeit wird von Akteuren (China, Russland, USA) bestimmt, die geopolitisch denken und handeln. Europäische Moralpredigten ohne eigene geopolitische Stoßrichtung fördern nicht die Moral, sondern machen Europa politisch bedeutungslos und zum Spielball der Großmächte.

Integration statt Imperium -- eine neue Idee?¹⁰

Zu den Leuten, die geostrategisch imperiales Denken und Handeln durch humanitär integrationistisches ablösen wollene, gehört zum Beispiel der prowestlich-russische Politologe Inosemzew. Auf der Webseite der DGAP¹¹ wird er hoch geschätzt. Die

¹⁰ Dieser Abschnitt (*Integration statt Imperium*) ist nur für politologisch besonders Interessierte gedacht.

¹¹ = Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, ein Ableger des US-amerikanischen Council on Foreign Relations (CFR); in Deutschland nicht annähernd so einflussreich wie die Mutterorganisation in den USA. Dort wird niemand amerikanischer Präsident, der nicht seine Bewährungsprobe im CFR bestanden hat. Die DGAP wirkt vor allem über Medien (WELT, ZEIT etc.). Auch in den öffentlich-rechtlichen Sendern hört und sieht man immer wieder Interviews mit Vertretern dieser Gesellschaft.

Idee des Imperiums, so Inosemzew, habe keine Zukunft, diese gehöre vielmehr der Idee der Integration. Integration bedeute Annäherung durch gleiche Werte, freiwillig und ohne Zwang. Sie basiere auf Gleichberechtigung und nicht auf Dominanz.

Nun waren Imperium und Integration in der Geschichte nie ein tatsächlicher Gegensatz. Jedes Imperium bedeutete immer auch ein Integration mehrerer Staaten oder Nationen in ein gemeinsames Reich. Wenn man genau hinschaut, geht es auch bei Inosemzew gar nicht um den Gegensatz zwischen *Imperium und Integration*, sondern um die Gegensätze *freiwillig - unter Zwang* bzw. Gleichberechtigung – Dominanz. Die Dialektik von *Imperium und Integration*, in der Inosemzew sein Konzept präsentiert, stellt so einen unnötigen intellektuellen Popanz dar, und die ganze Theorie ist dann auch nicht mehr sehr originell.

Noch fragwürdiger wird Inosemzew, wenn er als Beispiel einer nichtimperialen Integration die Brüsseler EU aufführt. Wer hat beispielsweise die Deutschen gefragt, ob sie die Osterweiterung wollten? Das gründete auf einem imperial-administrativen Akt der Brüsseler Machthaber, nicht auf einem demokratisch-freiwilligen der europäischen Bevölkerung!

Und weiter: Wie gleichberechtigt sind die einzelnen EU-Mitgliedstaaten tatsächlich? Schließlich: Ist es überhaupt möglich, ein Gebilde von 28 Mitgliedsstaaten ohne hegemoniale Führungsmacht zusammen zu halten?

Dabei ist das Problem der EU auch nicht, dass keine Führungsmacht da wäre, sondern dass diese, in Gestalt der USA, nicht europäisch ist. Denn letztlich sind heute alle EU-Staaten nicht primär in der EU, sondern primär im Westen integriert, und die EU kann allenfalls als integrativer Hilfsfaktor der Westintegration gesehen werden. Kurzum: Die nichtimperial-integrationistische Theorie, die uns hier die DGAP auf ihrer Webseite bietet, ist unausgegoren und keine Alternative zu geostrategischen Überlegungen im Sinne Brzezinskis.

II. Die Ukraine-Krise und ihre Akteure

Ukraine und Maidan

Einen einheitlichen Staat Ukraine gibt es nicht. Es gibt eine westlich orientierte Westukraine, eine russisch orientierte Ostukraine und eine russische Halbinsel Krim. Die im November 2013 begonnene Rebellion in Kiew war auch kein Aufstand der *ukrainischen* Bevölkerung gegen ein korruptes politisches System, sondern eine Kriegserklärung der Westukraine, die in die EU will, an die Ostukraine, die eher einen Anschluss an Russland befürwortet. Denn korrupt sind die prowestlichen Politgruppen (Timoschenko, Juschtschenko und Co.) nicht weniger als die prorussischen (Janukowitsch etc.). Auf dem Maidan haben sich die westukrainischen Kräfte mit Hilfe politisch verkommener Rechtsextremisten durchgesetzt. Die entscheidende Frage ist: Hätten Sie das auch ohne die massive amerikanische Intervention geschafft?

5 Milliarden \$ hätten die USA in das Ukraine-Projekt investiert -- so Victoria Nuland, amerikanische Kongressabgeordnete und *Staatsekretärin für Europa* im US State Department. Sie selbst war während der Maidan-Revolution ständig in Kiew und versuchte von der amerikanischen Botschaft aus das Geschehen zu lenken, zusammen mit dem amerikanischen Senator und Ex-Präsidentschaftskandidaten McCain. So liefen plötzlich zahlreiche Demonstranten mit Splitterschutzjacken

herum, Kosten pro Stück: 1300 €! Wer in der armen Ukraine konnte sich so etwas leisten? Quasi im Untergrund wurden für die Rebellen Krankenhäuser eingerichtet, die im Hinblick auf medikamentöse und Notfall-Versorgung westlichen Standard hatten. Wer hat das alles bezahlt und organisiert? Mutmaßlich war der amerikanische Einfluss in der Westukraine stärker als der russische in der Ostukraine.

Von wem nun kamen die tödlichen Schüsse auf dem Maidan? Von bewusst provozierenden Rebellengruppen? Es gibt sehr konkrete Hinweise in diese Richtung. Unsere ansonsten so „investigativen“ Westmedien zeigen aber wenig Interesse, das zu Ende zu recherchieren.

Nach dem Sieg der Rebellen wurde der Direktor des ukrainischen Fernsehens vom neuen Medien-Beauftragten des Kiewer Parlaments, einem allseits bekannten Rechtsextremisten, mit einer Schlägertruppe zusammengeschlagen. Der Video-Mitschnitt war sogar in den *Tagesthemen* zu sehen.

Dann hieß es: Deutsche OSZE-Beobachter wären in der Ostukraine gekidnappt worden. In Wirklichkeit waren es Bundeswehrsoldaten, die nicht im Auftrag der OSZE, sondern der formalrechtlich illegitimen Kiewer Regierung den Osten des Landes militärisch ausspähten -- ein direktes Eingreifen der deutschen Bundeswehr in den ukrainischen Bürgerkrieg!

Warum hat Jazeniuk, nachdem er durch den Putsch Regierungschef wurde, sofort seine Webseite gelöscht. Zuvor konnte man dort ausführlich lesen, von wem er finanziert wurde (NATO, US State Department u.a.).

Am 21. Februar 2014 reisten die Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen nach Kiew und trafen eine Vereinbarung, die Janukowitsch noch einige Monate bis zur Neuwahl im Präsidentenamt akzeptiert hätte. Mutmaßlich hätte so ein Bürgerkrieg verhindert werden können. Warum hat der Westen nicht darauf bestanden, dass die Maidan-Rebellen die Vereinbarung der drei Außenminister eingehalten haben?!

Auffallend die Präsenz hoher amerikanischer Gäste in Kiew auch nach dem Maidan-Sieg: z. B. John Bennis, Chef der CIA. Was macht die CIA in Kiew? Dann J. Kerry, amerikanischer Außenminister, Joe Biden, amerikanischer Vizepräsident und und und. Hätte die ukrainische „Übergangsregierung“ den bewaffneten Bürgerkrieg in der Ostukraine auch ohne diese amerikanischen „Berater“ begonnen? Jetzt kämpfen dort amerikanische Söldner, die schon in Irak unter dem Namen *Black Water* eingesetzt worden sind, für Kiew, und Kampfflugzeuge und Panzer werden gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Bei Gaddafi war das seinerzeit Anlass für einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats. Er sollte militärisch daran gehindert werden, die eigene Bevölkerung mit der Luftwaffe zu attackieren. In der Ostukraine schaut der Westen nicht nur zu, sondern unterstützt die Kiewer Regierung.

Chef ist hier jetzt ein sog. Schokoladenkönig namens Poroschenko. Er war all die Jahre Teil der etablierten ukrainischen Korruptionseλίte. Im Gegensatz zu vielen seiner oligarchischen Kollegen ist er aber rechtzeitig auf den Maidan-Zug aufgesprungen. Seine Wahl wurde von den westlichen Medien gefeiert, obwohl wegen des Bürgerkriegs in weiten Teilen des Landes nicht gewählt werden konnte. Die fast gleichzeitig in Syrien stattgefundenen und von Assad gewonnenen Wahlen dagegen lehnten die westlichen Medien einhellig als demokratisch illegitim ab. Begründung: Wegen des Bürgerkriegs habe dort in weiten Teilen des Landes nicht gewählt werden können!

Kurzum: Die Kiewer Revolte ist ein dubioses Unterfangen, bei dem die schmutzigeren Finger nicht Putin, sondern der Westen hat.

Putin und Russland

Für den Westen und seine Medien aber ist die Sache klar: Urheber der Ukraine-Krise und großer Friedensstörer ist ein neoimperial agierendes Russland unter dem bösen, bösen Putin! Dabei will dieser die Ostukraine gar nicht annektieren. Er setzt sich für eine föderalistische Struktur der gesamten Ukraine ein, die nicht Mitglied der NATO sein solle. „Aber jeder darf doch in *dem* Bündnis sein, in dem er will“ -- so die entrüsteten Stimmen aus dem Westen. Nun gut: Was haben denn 1962 die Amerikaner gemacht, als in Kuba vor ihrer Haustüre plötzlich russische Atomraketen aufgebaut werden sollten. Was wäre denn, wenn Kuba sich heute wieder für ein Bündnis mit Russland entschiede und daran ginge, russische Truppen und Flugzeuge an seinen Grenzen agieren zu lassen? Oder darf nur die Ukraine ihr Bündnis frei aussuchen, Kuba aber nicht?

Der Untergang der Sowjetunion 1989 sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen. Dieses Putin-Zitat belege, dass der russische Präsident ein neokommunistisches Imperium plane oder zumindest der alten kommunistischen Sowjetunion nachtrauere. Putin ist aber kein larmoyanter Sowjetnostalgiker, sondern ein nüchterner Geostratege, und in solcher Sicht ist es, rein formal betrachtet, durchaus eine Katastrophe, wenn bei zwei gleichwertigen Konkurrenten einer wegbricht und der übrig gebliebene international nach Belieben agieren kann, was die Amerikaner dann auch getan haben.

Im Hinblick auf rechtsstaatliche Fortschritte kann sich Putin im Übrigen durchaus sehen lassen. Vor seinem Amtsantritt gab es in Russland kein geregeltes Bürgerliches Recht, keine geregelten Strafprozesse, keine funktionsfähigen Gerichte und auch keine regionalen Selbstverwaltungen. Es mag sein, dass eine „lupenreine“ Demokratie anders aussieht. Aber wo bitteschön gibt es eine solche? In Washington? In Brüssel?? Sicherlich: Putin hat verhindert, dass Chodorkowski die russischen Öl- und Gasquellen an den amerikanischen Exxon-Konzern (= Esso) verkaufen konnte. Das war schon böse, zumindest aus Sicht der Amerikaner. Überhaupt diese Oligarchen: Unter Jelzin groß geworden, immer zum eigenen, wenig zum Wohle des russischen Volkes tätig, hält Putin sie jetzt an der kurzen Leine. Das ist gut, zumindest für die russische Bevölkerung, deren geistiger und materieller Lebensstandard in seiner Regierungszeit deutlich gestiegen ist.

Schließlich die Homosexuellen, die in Russland unterdrückt werden? Unser pastoraler Bundespräsident hat deswegen sogar die Spiele in Sotschi boykottiert! Dabei ist Homosexualität in Russland nicht strafbar, wie bei uns bis 1969 (Paragraph 175); nur deren öffentliche Propagierung und Zurschaustellung: also keine Schwulen-Propaganda in Schulen, kein Christopher Street-Day etc. Einige in Deutschland finden das schlimm, viele aber nicht, und viele, vielleicht sogar die Mehrheit, wären froh, wenn wir solche Regelungen auch bei uns hätten.

In Syrien haben sich Putin und sein Außenminister Lawrow erfolgreich eingemischt und verhindert, dass Obama sinnlos herumgebombt und damit noch mehr Unheil über dieses geschundene und leidgeprüfte Land gebracht hat - ein großer außenpolitischer Erfolg!

Sicherlich gibt es genügend Dinge, die einem in Russland aufstoßen können: vor allem der ständig anwachsende Gedenkkult bezüglich des sog. Vaterländischen Krieges: trostlose Militärparaden am 9. Mai u.a.! Nicht zuletzt auch eine gewisse Renaissance des Stalinkults in verschiedenen Bevölkerungsteilen. Aber wichtiger für mich ist die Tatsache: Trotz 70 Jahre atheistisch-materialistischer Diktatur in Russland bekennen sich 70 % der Bevölkerung immer noch oder schon wieder zum Christentum und zur russisch-orthodoxen Kirche. 1989 gab es in Russland noch 6000 Kirchen, 18 Klöster und drei theologische Lehranstalten. Heute sind es 30.000 Kirchen, 750 Klöster und über 50 theologische Lehranstalten! Wenn irgendwo noch ein christliches Europa stattfindet, dann eher in Russland als in Deutschland.

Die USA

Die Amerikaner haben sich durch ihre militärischen Interventionen geschwächt, während ihre geopolitischen Rivalen erstarkten. Durch die stärker werdenden „Schwellenländer“ wird die geopolitische Situation multipolarer, was außenpolitisch mehr Demokratie und Gleichberechtigung und weniger Supermacht und Diktatur bedeutet und den Weltfrieden stabiler machen könnte. Das wollen die USA aber nicht. Als bisherige Supermacht würden sie politisch und auch ökonomisch zum großen Verlierer einer solch multipolarisierenden Entwicklung.

So werfen sie jetzt anderen ständig Verstöße gegen „Demokratie“ und „Menschenrechte“ vor und agitieren und intervenieren immer mehr. Eine moralische Supermacht waren sie entgegen eigener Selbsteinschätzung nie. Schon als sie zur Supermacht wurden, brach ihre Moral ein: Hiroshima, Dresden, Agent Orange in Vietnam usw. Als *alleinige* Supermacht sind sie in den letzten Jahren moralisch noch weiter heruntergekommen: systematische Ausspähung von Freunden durch die NSA. Nur noch einigen trostlosen CDU-Gestalten gilt sie als Kavaliersdelikt. Dann der Drohnenkrieg: über 4000 Tote, die allermeisten unbeteiligte Zivilisten. Einige hundert von US-Drohnen getötete Kinder -- warum interessiert das eigentlich niemanden, warum regt sich im moralisch so hochgerüsteten Westen da kaum jemand auf? Und im Irakkrieg: 150.000 Tote, Chaos, Terror, Leid und noch unabsehbare weitere Folgen (ISIS etc.)! Warum eigentlich keine Sanktionen gegen die USA?

Osteuropa, Balten und das „neue Europa“

Das „neue Europa“ ist ein vom vormaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld eingeführter Begriff. Er verstand darunter die einst sowjetisch beherrschten osteuropäischen Staaten. 40 Jahre saßen sie im Sowjetkäfig und träumten vom Westen und von den USA als Hort der Freiheit, und dann kommen sie heraus aus dem Gefängnis und müssen feststellen, dass sich inzwischen sehr vieles irgendwie verändert hat, nicht zuletzt auch mit diesem Hort der Freiheit jenseits des Atlantiks! Aber das wollen sie nicht wahrhaben, gerade die osteuropäischen Intellektuellen. Sie wollen sich ihr über Jahre kultiviertes Ideal nicht kaputt machen lassen, und so pflegen sie jetzt einen naiven Steinzeit-Proamerikanismus, wie er bei uns im Westen zwischen 1948 (Rosinenbomber, Berlin-Blockade) und 1967 (Agent Orange, Vietnam) vorherrschte. Aus ihrem Antisowjetismus, der zutiefst berechtigt war, wird immer mehr ein Antirussismus, eine reaktionäre Ideologie! Aber wie „deutsch“ und „Nazi“ nicht identisch ist, so auch nicht „russisch“ und „sowjetkommunistisch“! Wenn die Osteuropäer noch einige Jahre brauchen, um das zu kapieren, kann ich das

psychologisch nachvollziehen. Wenn Sie freilich glauben, uns mit ihrer verstaubten Sicht der Dinge eine bestimmte Politik aufzwingen und uns auf amerikanischer Seite in einen neuen kalten Krieg mit Russland hineintreiben zu können, sollten wir ihnen eine entschiedene Abfuhr erteilen.

Wie kann die Ukraine-Krise gelöst werden?

Schon Huntington hat 1996 in seinem Buch *Kampf der Kulturen* analysiert, dass die Ukraine ein zerrissenes Land ist, das seine staatliche Einheit nur bewahren könne, wenn es sich nicht einseitig nach Osten oder nach Westen orientiere. Vielmehr müsse die Ukraine als Brückenstaat zwischen Europa und Russland agieren. Wenn sie das, was gar nicht so einfach ist, nicht schafft, nicht zuletzt aufgrund unzulässiger Einmischung von außen, bleibt für sie nur die Auflösung ihres Staates in zwei autonome Teilrepubliken. Diese sollte dann mit internationaler Unterstützung einvernehmlich und friedlich umgesetzt werden.

Last but not least: die Deutschen

Und die Deutschen? Sie sind gespalten wie die Ukraine, nicht ganz so tief, aber tief genug! Atlantiker, Europäer, Westbindung, Putin-Versteher, Obama-Versteher usw. In den politischen Parteien, vor allem in der CDU, wird „Feigheit vor dem Freund“ immer noch als höchste Tugend kultiviert, und verschiedene US-lobbyistische Organisationen, wie die *Atlantik-Brücke*, das *Aspen-Institut* oder die bereits erwähnte *DGAP*, sorgen dafür, dass in Talkshows und Nachrichtensendungen immer wieder die deutsch-amerikanische Freundschaft beschworen wird und die deutsche Politik insgesamt ein Garant für die Amerikanisierung und Natoisierung Europas bleibt. Sie sind einfach dankbar, die Deutschen, für ihre „Befreiung“, für den Marshall-Plan usw. Aber war es wirklich eine Befreiung, oder haben die Amerikaner nicht schlicht und einfach um weltpolitische Vormacht gekämpft? Es mag zu ihrer Ideologie gehören, dies immer wieder mit messianischen Begriffen von „Befreiung“ etc. zu verbrämen. Wenn wir aber genauer hinschauen und die rosarote US-Brille abnehmen, kommen wir der Wahrheit näher:

„Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen“ -- so die amerikanische Regierungsanweisung ICG 1067 vom April 1945.

Man stelle sich vor: Jemand, den ich für einen guten Freund hielt, hat mein ganzes Haus verwandt. Ich ertappe ihn, stelle ihn zur Rede, aber er bereut das nicht einmal! Noch schlimmer: Er verspricht auch nicht, das künftig zu unterlassen! Laut Snowden-Protokollen betrachten uns die Amerikaner als „drittklassigen Bündnispartner“, und Obama selbst wird noch deutlicher:

„Deutschland ist ein besetztes Land, und das wird es bleiben ...“
(am 19. Juni 2009 vor US-Streitkräften in Ramstein)

Wie soll man nun die Reaktion der deutschen Politik auf so etwas benennen: Nibelungentreue? Hyperloyalismus? Servilität? Wäre es nicht an der Zeit, sich den Fakten anzupassen und auch unsererseits die deutsch-amerikanischen Beziehungen als „drittklassig“ zu handhaben? Wer in der deutschen Politik die Westbindung immer noch als heilige Kuh hochhält, ist kein Europäer, sondern ein Atlantiker, der amerikanische Politik betreibt, nicht europäische!

III. Politische Konsequenzen für Deutschland und die AfD

Um die Auseinandersetzung mit Russland führen zu können, sind die Amerikaner essentiell auf Europa und hier vor allem auf Deutschland angewiesen. Ob es also einen neuen kalten oder gar – nicht auszuschließen – heißen Krieg mit Russland gibt oder nicht, hängt nicht unwesentlich von Deutschland ab. Wenn wir nicht mitmachen, findet dieses Szenario mangels Masse mutmaßlich nicht statt.

Bleibt noch das Argument, ob wir für eine solch neutrale Position zwischen den USA und Russland stark genug sind? Das ist doch, könnte man entgegenhalten, genau das, wofür Schumacher 1950 plädierte und was Adenauer (damals zu Recht) als unrealisierbar und gefährlich für Deutschland verworfen hat. Warum soll das heute nicht mehr gelten? -- Weil 2014 nicht 1950 ist und die Kräfteverhältnisse sich in der Zwischenzeit nicht unwesentlich verändert haben: Die Amerikaner sind heute eine moralisch und wirtschaftlich schwer angeschlagene Supermacht, und die Russen sind heute überhaupt keine Supermacht mehr! Deutschland dagegen ist im Vergleich zu 1950 ein Wirtschaftsgigant, wodurch auch sein politischer Einfluss erheblich angewachsen ist. Darüber hinaus könnte und müsste es seine neutrale Mittlerposition über eine EU stärken, deren wichtigste Aufgabe eben gerade das Unabhängigwerden von Großmächten wie den USA sein sollte. Für die EU ist dies die grundsätzlichsste Frage überhaupt, und mit Staaten, die nicht Europa, sondern Euramerika wollen, sollte eine gemeinsame EU letztlich nicht möglich sein!

Deutschland hat außenpolitisch also drei Optionen:

1. eine **euramerikanische** (westlich-antirussische), in der es sich im Rahmen der EU als Juniorpartner der USA gegen Russland positioniert.

Die politische und wirtschaftliche Kooperation Russlands mit China wird dadurch verstärkt bis hin zu erwartbaren Militärbündnissen, d.h. wir stärken und fördern damit eine antieuropäische und neokommunistische Politik in Russland und treiben Putin in die Arme Chinas.

Diese Option würde eine internationale Blockbildung (Bipolarisierung) wie im seinerzeitigen Kalten Krieg generieren: ein amerikanisch-europäischer Block auf der einen, ein russisch-chinesischer auf der anderen Seite. Die internationale Kriegsgefahr würde erheblich wachsen.

2. eine **eurasische** (prorussische), in der Deutschland die politische und wirtschaftliche Kooperation mit Russland verstärkt und dabei die mit den USA weitgehend auf Eis legt.

Diese Option, die nicht zuletzt ein großes wirtschaftliches Entwicklungspotential hätte (eurasisches Freihandelsabkommen), würde allerdings transatlantische Konflikt mit schwer absehbaren amerikanischen Reaktionen heraufbeschwören. Auch ist für eine solche Option derzeit keine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung absehbar.

3. eine **europäische**, in der sich Deutschland im Rahmen der EU relativ neutral zwischen Russland und den USA positioniert. Angesichts der heute noch übermäßig *amerikanischen* Akzentuierung deutscher Außenpolitik, wäre eine solche Mittelposition im Sinne einer Ausbalancierung sicherlich mit einer Stärkung der Beziehungen zu Russland verbunden. Denn der Nachholbedarf besteht in die östliche und nicht in die westliche Richtung. Nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte weiter ausgebaut werden. Auch gemeinsame politische

Anstrengungen, z.B. im Rahmen internationaler Krisenbewältigung, wären in dieser Option vorgesehen. Die Russen bekennen sich bekanntlich dezidiert zum Prinzip der Nichteinmischung, die Amerikaner dagegen vertreten, wie ausgeführt, eine relativ aggressive Interventionspolitik. Sicherlich kann die Notwendigkeit von Interventionen nicht generell ausgeschlossen werden. Man sollte hier aber den völkerrechtlichen Standard nicht nur nicht senken, sondern erhöhen, indem man zum Beispiel fordert, dass der *gesamte* UN-Sicherheitsrat, also nicht nur dessen ständige, sondern auch dessen nichtständige Mitglieder einstimmig votieren müssen, damit eine entsprechende Intervention als völkerrechtlich legitimiert gilt.

Ein gemeinsames Vorgehen mit Russland und anderen Schwellenländern könnte also den zunehmend aggressiven amerikanischen Interventionismus bremsen und den Weltfrieden sicherer machen. Vielleicht werden die politischen Eliten der USA dann außenpolitisch dazu gebracht, den Willen ihrer Bevölkerung umzusetzen, die sich in ihrer großen Mehrheit schon lange eine mehr isolationistische Außenpolitik wünscht. Für diese dritte Option, die heute schon von der Hälfte der deutschen Bevölkerung vertreten wird, könnte sich -- angesichts einer zunehmend antiamerikanischen Stimmung in Europa und nicht zuletzt auch durch eine entsprechende Politik der AfD – eine tragfähige und belastbare Mehrheit bilden.

Resümee

Wir wollen sicherlich keine Feindschaft zu den USA. Wir wollen aber nach jahrzehntelanger enger, ja zu enger Umschlingung diese Freundschaft lockern. Wir wollen auch keine neue Feindschaft zu Russland. Zu Sowjetzeiten war sie berechtigt, heute nicht! Jetzt aber könnte aus intensiver politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine politische Freundschaft entstehen, die beide Seiten brauchen und die nicht nur Russland, sondern auch Deutschland hülfe, (wieder) europäischer zu werden.

Im Hinblick auf die Extremmächte China und USA stellen Europa und Russland eine Mitte dar, die im Interesse des Weltfriedens gestärkt werden muss. Denn dieser wäre besonders bedroht, wenn es zum Show down der untergehenden Supermacht USA mit der aufsteigenden Supermacht China käme. Durch eine starke Mitte zwischen diesen Machtblöcken würde eine solche Gefahr verringert.

Haben wir also den Mut, die Energie, die wir in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in die Freundschaft mit den USA investiert haben, in den nächsten Jahrzehnten mehr im Osten, in Russland, zu investieren, und wir werden in der Zukunft so erfolgreich sein, wie wir es mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Vergangenheit waren.

Wer aber glaubt, sein politisches Ziel immer mit den gleichen Mitteln erreichen zu können, auch wenn die Veränderungen um ihn herum noch so einschneidend sind, wird dieses Ziel nicht erreichen und in einer Sackgasse landen. Und wer sich in der Politik immer nur im Windschatten Größerer und Stärkerer absichern will, wird nicht Sicherheit bekommen, sondern die Sklaverei!